



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/016/2013
Datum	Montag, den 04.02.2013
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	23:00 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Herr Andreas Altenheimer	Fraktionsvorsitzender
Herr Achim Beck	Stadtverordneter
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete
Frau Gudrun Borchers	Stadtverordnete
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter
Herr Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender
Herr Christopher Bursukis	Stadtverordneter
Herr Christian Cloos	Stadtverordneter
Herr Waldemar Droß	Stadtverordneter
Herr Werner Gerhardt	Stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Frau Dr. Barbara Greis	Fraktionsvorsitzende
Herr Peter Hauptvogel	Stadtverordneter
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter
Frau Martina Heil-Schön	Stadtverordnete
Herr Thomas Heyer	Stadtverordneter
Frau Sibille Horni-	Stadtverordnete

vius	
Herr Michael Hundertmark	Stadtverordneter
Herr Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter
Frau Sandra Ihne-Köneke	Stadtverordneter
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter
Herr Waldemar Kleber	Stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Frau Ingeborg Koster	Stadtverordneter
Herr Jens Kraft	Stadtverordneter
Herr Jörg Kratkey	Fraktionsvorsitzender
Frau Angelika Kunkel	Stadtverordneter
Herr Uwe Lang	Stadtverordneter
Herr Erich Lautz	Stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende
Herr Hans Litzinger	Stadtverordneter
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordneter
Frau Dorothea Marx	Stadtverordneter
Herr Thomas Meißner	Stadtverordneter
Herr Bernhard Noack	Stadtverordneter
Frau Mürvet Öztürk	Stadtverordneter
Herr Peter Pausch	Stadtverordneter
Herr Günter Pohl	Stadtverordneter
Herr Rolf-Georg Pross	Stadtverordneter
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter
Herr Christian Sarges	Stadtverordneter
Herr Christoph Schäfer	Stadtverordneter
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter
Herr Thomas Schermuly	Stadtverordneter
Herr Dennis Schneiderat	Stadtverordneter
Herr Hermann Sporry	Stadtverordneter
Herr Martin Steiraths	Stadtverordneter
Frau Krimhilde Ta-	Stadtverordneter

cke	
Herr Dr. Fritz Teichner	Stadtverordneter
Herr Klaus Tschackert	Stadtverordneter
Herr Dr. Andreas Viertelhausen	Stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Herr Udo Volck	Stadtverordnetenvorsteher
Frau Andrea Volk	Stadtverordnete
Herr Jürgen Weigel	Stadtverordneter
Frau Petra Weiß	Stadtverordnete
Herr Herbert H.G. Wolf	Stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Frau Emine Yigit	Stadtverordnete
Herr Kemal Yüksel	Stadtverordneter
Frau Margarete Zeiser	Stadtverordnete

Abwesend:

vom Gremium

Herr Michael Kraft	Stadtverordneter
Frau Sibylle Pfeiffer	Stadtverordnete

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats lt. Originalanwesenheitslisten sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StvV **V o l c k** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit 57 Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Tagesordnung ohne Änderungen einstimmig (57.0.0) zu.

StvV **V o l c k** begrüßte das neue Mitglied **Christoph Schäfer** von der CDU-Fraktion (Nachrücker für Johannes Adamietz) in der Stadtverordnetenversammlung.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Fragestunde
- 2 Wahl einer/eines hauptamtlichen Stadträtin/Stadtrates
- 3 Amtseinführung und Verpflichtung der/des neu gewählten Stadträtin/Stadtrates gemäß § 46 HGO
- 4 Haushalt 2013
 - 4.1 Änderungsliste des Ältestenrates
 - 4.2 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2013
- Beratung -
 - 4.3 Investitionsprogramm und Finanzplanung 2013 - 2016
- 5 Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1267/12
- 6 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2013
Vorlage: 1266/12
- 7 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2012
Vorlage: 1265/12
- 8 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1251/12
- 9 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012)
Vorlage: 1061/12
- 10 Erschließung des Baugebietes Rasselberg
Vorlage: 1247/12
- 11 Einführung von Pflegeklassen und Pflegestandards in den öffentlichen Grünanlagen
Vorlage: 1184/12
- 12 Städtische Museen Wetzlar - Jahresrückblick 2012
Vorlage: 1249/12
- 14 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde

Frage Nr. : 1313/13 - III/34
vom : 31.01.2013
Fragesteller : Stv. Pohl, SPD-Fraktion

Stv. P o h l:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, die Stadtverordnetenversammlung hat am 23. Mai vergangenen Jahres einen Sperrvermerk über 10.000 € aufgehoben. Die Mittel sollten für Werbemaßnahmen anlässlich der Neueröffnung des Palais Papius verwendet werden.“

Die Frage: Welche konkreten Maßnahmen wurden durchgeführt und ist eine entsprechende Besucherresonanz feststellbar?“

OB D e t t e:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Pohl, Ihre Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Im Zusammenhang mit den durch die Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellten Mitteln sind in den Bahnhöfen von Köln, Frankfurt und Gießen insgesamt vier Großflächenplakate sowie weitere 21 Großflächenplakate an besonders frequentierten Plätzen, wie z. B. S- und U-Bahnhöfen, installiert worden. Von den 21 Großflächenplakaten sind 11 in Frankfurt, 9 in Köln und eines in Gießen in der Zeit von 02.10.2012 bis 02.11.2012 geschaltet worden.

Gegenüber dem Jahr 2007, in dem das Palais Papius letztmalig ganzjährig geöffnet war, haben sich die Besucherzahlen in 2012 fast verdreifacht. Im November 2012, einen Monat nach Schaltung der Plakate, war nochmals ein Besucheranstieg nach Auskunft der Museumsverwaltung zu verzeichnen. Neben der öffentlichen Plakatierung ist die Steigerung der Besucherzahlen auch auf die verstärkte Kooperation der Städtischen Museen mit der Tourist-Information im Hinblick auf Führungen, Vorträge und museumspädagogische Aktionen zurückzuführen.“

Zusatzfrage Stv. P o h l:

„Eine Ergänzungsfrage: Ist es beabsichtigt, diese Art der Werbemaßnahmen fortzusetzen?“

OB D e t t e:

„Die Fortsetzung der Werbemaßnahmen setzt voraus, dass entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die Aktion in 2012 war ja durch einen Zusatzantrag in der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellt worden. Zunächst stehen hierfür - jetzt für solche großflächigen Werbemaßnahmen - keine Mittel im Haushalt zur Verfügung. Es wird zunächst zu analysieren sein, inwieweit die derzeit gestiegenen Besucherzahlen sich ver-

festigen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wird der Magistrat wieder auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen.“

zu 2 Wahl einer/eines hauptamtlichen Stadträtin/Stadtrates

Stellv. FrkV Dr. G r e i s begründete den Wahlvorschlag der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen und schlug vor, Herrn Norbert Kortlüke zum hauptamtlichen Stadtrat zu wählen. Sie stellte den 49-jährigen Kandidaten aus Paderborn vor und gab Informationen zum beruflichen Werdegang, insbesondere zu seiner Qualifikation in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Herr Kortlüke habe sich bereits in allen Fraktionen vorgestellt und dort einen positiven Eindruck hinterlassen. Er werde nach Wetzlar umziehen und sich sehr schnell in die Aufgaben einarbeiten, so stellv. FrkV Dr. G r e i s. Sie bat um Unterstützung des Wahlvorschlages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

FrkV A l t e n h e i m e r erklärte, dass der Bewerber Kortlüke formal dem Anforderungsprofil genüge und Erfahrung in der Politik nachweisen könne. Dennoch werde die CDU nicht für ihn stimmen, da die SPD in ihrer Oppositionszeit die Reduzierung auf drei Hauptamtliche gefordert habe und nun Antragstellerin für einen vierten hauptamtlichen Dezernenten sei. Die Grünen sehe er als „Steigbügelhalter“ an.

FrkV Dr. B ü g e r verwies darauf, dass das derzeit dreiköpfige Team der Hauptamtlichen gut zusammengefunden habe. Er könne keine Notwendigkeit erkennen, dieses Dezernententeam zu erweitern. Die Qualifikation des Bewerbers sehe er im Übrigen als „durchaus dürftig“ an, da dieser weder Erfahrung in einer Verwaltung noch in Personalführung vorweisen könne. Dazu sei der Kandidat „inhaltlich sehr eng aufgestellt“. Im Interesse der Stadt sollte das Team so belassen werden, wie es aktuell bestehe. Die FDP werde daher die Wahl eines weiteren Dezernenten Kortlüke ablehnen, so FrkV Dr. B ü g e r.

Stv. T s c h a k e r t stellte mit Blick auf den im letzten Jahr verstorbenen Stadtrat Borchers klar, dass es sich nicht um eine Erweiterung, sondern um eine Anpassung an eine bisherige Position handele; man rede heute über eine Nach-, nicht über eine Neuwahl. Die SPD werde die Kandidatur unterstützen.

StvV V o l c k stellte fest, dass es keinen weiteren Wahlvorschlag gebe und rief zur Bildung eines Wahlvorstandes auf. Er bat die Fraktionen, jeweils ein Mitglied zu benennen. Es wurden benannt:

Stv. Kleber (SPD) - Vorsitzender -
Stv. Heyer (CDU)
Stv. Hauptvogel (FW)
Stve. Borchers (Bündnis 90/Die Grünen)
Stv. Meißner (FDP)

StvV V o l c k schloss nach Stimmabgabe der 57 Stadtverordneten die Wahlhandlung.

Abgegebene Stimmen für Bewerber Norbert Kortlüke:	34
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen/Ungültige Stimmen:	1
Insgesamt:	57

StvV V o l c k gab das Wahlergebnis bekannt. Im Anschluss gratulierten Magistratsmitglieder sowie Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Norbert Kortlüke zur Wahl.

zu 3 Amtseinführung und Verpflichtung der/des neu gewählten Stadträtin/Stadtrates gemäß § 46 HGO

OB D e t t e las den Text der Ernennungsurkunde vor und wünschte Herrn Kortlüke für seine Amtsführung alles Gute und eine glückliche Hand bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. StvV V o l c k nahm die Vereidigung und Verpflichtung vor.

zu 4 Haushalt 2013

Stv. H e y e r erklärte, dass der Haushalt geprägt sei von Klientelpolitik und Ideologiebefriedigung von Rot-Grün. Eine solide Finanzierung und sparsame Haushaltsführung gehörte der Vergangenheit an. Noch stehe die Stadt nicht unter dem Schutzschirm des Landes und könne den Haushalt vertreten, aber er frage sich, wie lange noch. Die vorsichtig prognostizierte Gewerbesteuererinnahme von 35 Mio. € zeige einen kontinuierlichen Anstieg seit dem tiefen Einbruch im Jahre 2009, liege aber bei weitem noch hinter den Einnahmen der Vorjahre. Die CDU hoffe, dass sich diese Zahl weiter verbessere. Die Tarifrunde 2012/2013 wirke sich im Haushalt mit zusätzlichen Personalkosten von 800.000 € aus.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 schließe mit einem Fehlbetrag von rd. 4,7 Mio. € ab. Dieser Fehlbetrag wäre noch wesentlich höher, wenn nicht die Gewinne der enwag dem Haushalt gutgeschrieben würden. Darüber hinaus sei mit der Rekommunalisierung der Wasserwirtschaft Schaden von der Stadt abgewiesen worden. Im Bereich Soziale Sicherung würden im Haushaltsplanentwurf 20,5 Mio. €, Tendenz steigend, durch die Zunahme der Einzelfallentwicklungen festgeschrieben, was aber leider niemand ändern könne.

Hinsichtlich der Schaffung von Baugebieten sei positiv zu bewerten, dass ein Umdenken im Bereich Rasselberg stattgefunden habe. Die CDU lobe ausdrücklich die eingestellten Mittel zur schnellstmöglichen Auflage dieses Baugebietes und der damit verbundenen immensen Einnahmen beim Verkauf der Grundstücke. Hiermit setze man gemeinsam ein

Zeichen für die vielen Bauwilligen in Wetzlar. Auch die CDU wisse, dass diese 60 Bauplätze nicht ausreichen und begrüße ebenso die Fortentwicklung der Baugebiete in Hermannstein und Münchholzhausen. Für das Blankenfeld II hingegen sei man wegen der Eigentumsverhältnisse skeptisch und könne diese Fortentwicklung nicht unterstützen.

Erfreulich sei, dass die freiwilligen Leistungen an Institutionen und Vereine im Bereich Jugend, Sport und Kultur auf dem hohen Niveau, das die bürgerliche Koalition gehalten habe, fortgeführt werden. Dies betreffe auch den weiterhin gewährten Zuschuss zur Hallenmiete an die HSG Wetzlar.

Die geplanten Investitionen von rd. 20 Mio. € und die damit verbundene Kreditaufnahme von rd. 6,7 Mio. € seien im Bereich von Kanal- und Straßenausbau nachvollziehbar. Der von der alten Koalition initiierte Neubau der Kita Spilburg mache vor dem Hintergrund der Rasselberg-Bebauung ebenso Sinn.

Eine weitere Klientelbefriedigung stelle für die CDU die Einführung eines Sozialpasses bzw. der WetzlarCard dar. Der kreditfinanzierte und defizitäre Haushalt lasse dies nicht zu. Hier würden falsche Anreize geschaffen und die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgehebelt.

Ein falsches Signal setze die Koalition mit der Ökostrom-Versorgung des Neuen Rathauses. Dies sei Ideologiebefriedigung zu Lasten des Steuerzahlers. Um Ihre ökologische Gesinnung zu bewahren, würden 10.000 € nicht in den Sand gesetzt, sondern „im Wasser versenkt“. Die Subventionierung einer „Einkaufslinie“ in Naunheim halte die CDU ebenso für falsch und vertrete im Hinblick auf einen möglichen Präzedenzfall für andere Stadtteile die Auffassung „Wehret den Anfängen“.

Positiv habe man zur Kenntnis genommen, dass Gelder für die Sanierung des Kalsmunts in den Haushalt eingestellt worden seien, leider aber nur als VE in Höhe von 100.000 €. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf finde nur in Teilen die Zustimmung der CDU. Die Koalition aus Rot-Grün setze dürftige Zeichen, die klientelbezogen seien und der ökologischen Ideologiebefriedigung dienen. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen. Abschließend bedankte sich Stv. H e y e r bei der Kämmerei und dem Kämmerer für den erarbeiteten Haushaltsplanentwurf.

Stv. K l e b e r dankte ebenfalls für die gute Vorarbeit und wies darauf hin, dass im Vergleich zu den Vorjahren nur wenige Haushaltsanträge gestellt worden seien. Mit diesem Haushaltsplan wolle die SPD erreichen, dass sich alle Bürger in der Stadt wohlfühlen, auch die, deren eigene Leistungskraft noch unterdurchschnittlich sei. Ziel sei eine Teilnahme am vielfältigen Vereins- und Kulturleben in Wetzlar. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Barrierefreiheit sollen verstärkt fortgesetzt werden, damit ältere und behinderte Menschen im täglichen Leben Erleichterungen verspüren.

Durch Schaffung neuer Kita-Plätze erfahren junge Familien Unterstützung in Bildung und Betreuung für ihre Kinder. Gleichzeitig eröffnen diese zusätzlichen Plätze den jungen Müttern die Chance, ihre eigene berufliche Qualifikation wieder in die Arbeitswelt einzubringen.

Der Haushaltsplanentwurf enthalte erste Impulse aus dem ISEK-Prozess, der mit dem SPD-Antrag zur Stadtentwicklung in Gang gesetzt worden sei. Es werde aber auch für mehrere neue Baugebiete in der Stadt gesorgt. Mit dieser Verfahrensweise könne man mittelfristig allen Bauwilligen entsprechende Angebote machen. Keiner müsse Wetzlar verlassen und wer möchte, könne zuziehen. Damit werde die Einwohnerzahl stabilisiert

und gleichzeitig die Steuerkraft verbessert. Dass das nicht ohne Fremdmiteileinsatz gehe, wisse auch die SPD. Deshalb sei es erstes Ziel, schnellstmöglich einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen. Es könne auf Dauer nicht hingenommen werden, dass selbst die Pflichtleistungen mit Krediten belastet würden. Die im Haushaltssicherungskonzept des Jahres 2010 aufgeführte realistische Möglichkeit eines ausgeglichenen Jahresergebnisses ab 2012 habe sich nicht erfüllt. Hiervon sei man noch weit entfernt.

Die Stadt Wetzlar habe ein Einnahmeproblem. Deshalb habe die Koalition schon im Vorfeld die Spielapparatesteuer und die Hundesteuer angehoben. Und heute beschließe die Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A und B. Diese längst überfälligen Anpassungen mildern den Handlungsdruck. Sie bieten die Chance, im Laufe dieses Jahres alle Gebührenhaushalte und Steuerhebesätze zu überprüfen und danach wirksame Entscheidungen für Folgejahre vorzubereiten.

Zweites Ziel sei, wieder Überschüsse zu erwirtschaften, damit nicht alle Investitionen durch Kredite finanziert werden müssen. Allein in den letzten vier Jahren habe sich der Schuldenstand um über 55 Mio. € erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei mehr als doppelt so hoch wie die des Lahn-Dill-Kreises. An einen Schuldenabbau sei gegenwärtig nicht zu denken, allerdings solle der Schuldenzuwachs schrittweise begrenzt werden. Angesichts anstehender Investitionen, wie z. B. die Brandschutzmaßnahme im Neuen Rathaus, Kita-Ausgaben, Ersatzneubau der Feuerwache I, Instandhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, Sanierung der Jugendherberge und des Freibades Domblick u. a., sei abzusehen, dass die Stadt mittelfristig von ihren hohen Schulden nicht herunterkomme.

Erfreulich sei, dass der Gewerbesteuerhebesatz unverändert belassen werde und die freiwilligen Leistungen weiterhin garantiert werden können. Damit stärke man die ehrenamtlichen Aktivitäten in den Vereinen. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz seien ebenfalls Felder, die sich im diesjährigen Haushalt wiederfinden. Die Koalition habe heute Herrn Kortlüke das Vertrauen ausgesprochen, der die Stadt mit seiner Qualifikation und Erfahrung auf diesem Sektor entscheidend voranbringen könne.

Es verstehe sich von selbst, dass die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimme, so Stv. K l e b e r abschließend.

FrkV L e f è v r e ging in ihrer Grundsatzrede auf den im Ergebnishaushalt ausgewiesenen Fehlbedarf von 4,7 Mio. € ein. Die Hauptursache liege auch in diesem Jahr wieder bei den Gewerbesteuereinnahmen, die auch für 2013 nur mit 35 Mio. € angesetzt werden können. Das Defizit sei nicht selbstverschuldet, da die Kommunen mit immer mehr Aufgaben konfrontiert werden, die sie alleine nicht schultern können, zumal sich der Kommunale Finanzausgleich verschlechtert habe. Es werde nicht leicht sein, diese Lage zu verbessern, da das Land auch bei den Kommunen, die nicht unter den Schutzschirm treten, die Sparschraube anziehe.

Nicht nur die fehlenden Gewerbesteuereinnahmen, auch die Steigerung der Personalkosten durch Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst und die Ausgaben für die zusätzlichen Personalstellen im U3-Bereich würden zu Buche schlagen. Die Ausgaben in der Jugendhilfe, vor allem bei der Heimunterbringung, seien wie in jedem Jahr sehr hoch. Eine Reduzierung dieser Kosten könne auch weiterhin nur durch konsequente Durchführung präventiver und früher Maßnahmen erlangt werden, so wie dies in Wetzlar bereits der Fall sei.

Da das Haushaltsdefizit nicht alleine durch Einsparungen ausgeglichen werden könne, müsse auch zu unpopulären Maßnahmen gegriffen werden, wie der Bund der Steuerzah-

ler und der Landesrechnungshof schon lange fordern. Dies sei die Kommune ihrer Pflicht zur Konsolidierung des Haushaltes geschuldet. So seien bereits durch Stadtverordnetenbeschlüsse die Hundesteuer und die Spielapparatesteuer angehoben worden. Es folge jetzt die Erhöhung der Grundsteuer, wobei festgehalten werden müsse, dass die Stadt auch mit den neuen Hebesätzen noch unter dem Durchschnitt anderer hessischer Sonderstatusstädte liege. Nur alle diese Konsolidierungsmaßnahmen würden es ermöglichen, dass die Vereinsförderung in unveränderter Höhe bestehen bleibe und damit das Ehrenamt gestärkt werde.

Im Finanzhaushalt befürworte die FW-Fraktion die schrittweise Zurückführung der Neuverschuldung. Deshalb sei auch die Reduzierung des Investitionsvolumens eine wichtige Maßnahme zur Konsolidierung des Haushaltes.

Trotz aller Sparmaßnahmen würden zukunftsorientierte Investitionsaufwendungen ins Auge gefasst. Die Nachfrage nach Bauplätzen sei so groß, dass die Ausweisung nur eines einzigen Wohngebietes nicht ausreiche. Dies hätte die Wirkung wie ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Deshalb müsse im Sinne von ISEK und mit Blick auf die demografische Entwicklung ein Gesamtkonzept erstellt werden, aus dem Einzelmaßnahmen abgeleitet werden. Um dem Anspruch der Bürger gerecht zu werden und eine weitere Abwanderung in Nachbarkommunen und damit eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Wetzlar zu vermeiden, müsse die Umsetzung zeitnah erfolgen. Dazu sei eine Priorisierung der in der Informationsvorlage aufgeführten Baugebiete und eine Erarbeitung von Förderkonzepten zur Belebung von vorhandenem Wohnraum unerlässlich.

Schon jetzt könne festgehalten werden, dass sich die Erschließung der Baugebiete Rasselberg und Blankenfeld II wie ein roter Faden durch den Haushalt ziehe. Aber auch für das Baugebiet „Am Rotenberg“ Hermannstein seien Planungsmittel eingestellt. Eins aber sei klar: Der Rasselberg komme, eingebunden in ein Gesamtkonzept zur Fortentwicklung der Stadt Wetzlar. Auch seien, im Sinne von ISEK, Gelder für die Erstellung eines Rahmenplanes für das Quartier Bahnhofstraße vorgesehen.

Wichtig sowohl für die touristische Erschließung als auch für die Nutzung durch die heimischen Radfahrer seien Bau- und Planungsmittel für die Radwegeverbindung zwischen Forum und Lahnaue sowie für die Entwicklung eines Radwegekonzeptes. Auch der von den Freien Wählern immer wieder geforderte Westanschluss sei nicht vom Tisch, da diese Verkehrsführung zum ISEK gehöre.

Weitere Investitionen seien u. a.

- Kitas, insbesondere in den Neubau der Kita Spilburg
- Energetische Sanierung des Alten Rathauses
- Brandschutz- und Fenstersanierung des Neuen Rathauses
- Mittel für die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes in der Stadt Wetzlar, insbesondere für die energetische Sanierung städtischer Immobilien

Zu erwähnen seien auch die Haushaltsmittel für die Herstellung des Parkplatzes Zwirleinstraße und die Erstellung von Wohnmobilstellplätzen sowie die Aufstellung eines Altstadt-parkplatzkonzeptes. Einen wichtigen Platz im Haushalt würden auch der Ausbau und die Erneuerung von Kanälen und Gemeindestraßen einnehmen. Bei der Instandhaltung der Straßen und Gehwege solle das Augenmerk zudem auf Barrierefreiheit gelegt werden.

FrkV L e f è v r e bedankte sich seitens der Freien Wähler bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und beim Magistrat für die hervorragende Arbeit. Die FW-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Stellv. FrkV Dr. G r e i s nahm Bezug auf eine Berichterstattung in der Samstag-Ausgabe der WNZ unter der Überschrift „Der Haushalt 2013 ist ausgeglichen, Kassenkredite werden nicht benötigt“. Leider habe das nicht für Wetzlar, sondern für die Nachbarkommune Waldsolms gegolten. Gerne hätte man auch einen solchen Haushalt vorgelegt, aber bedingt durch die „Altlasten“ sei dies nicht gelungen. Seit Jahren schon schiebe die Stadt einen Berg notwendiger, risikobehafteter Maßnahmen vor sich her, z. B.

- Sanierung Kalsmunt
- Sanierung und Brandschutz für das Neues Rathaus
- Freibad Domblick
- Kanalsanierung

Das alles seien Instandhaltungsmaßnahmen, deren Abschreibungen den Ergebnishaushalt belasten, ohne dass sich auf der Ertragsseite Mehreinnahmen generieren lassen.

Der größte Posten auf der Aufwandseite seien aber nicht die Abschreibungen, sondern die Personalaufwendungen, die jedes Jahr allein wegen der Lohnsteigerungen erhöht werden müssen, oft ohne dass mehr Personal eingestellt werde. Aber diesmal kämen auch noch neue Stellen für die U3-Betreuung hinzu. Das sei eine Pflichtaufgabe, an der man auch in Zukunft nichts ändern könne.

Auch mit moderaten Steuererhöhungen, die die Stadt mit Beginn des Jahres bei Grundsteuer, Spielapparatesteuer und Hundesteuer vorgenommen habe, sei nicht zu verhindern gewesen, dass der Ergebnishaushalt einen Fehlbedarf von etwa 4,7 Mio. € aufweise. Die übrigen Steuern und Gebühren seien (noch) unverändert geblieben.

Um den Schuldenstand zurückzufahren, müsse das Investitionsvolumen reduziert werden. Für 2013 seien im Haushalt ca. 18 Mio. € vorgesehen, die ausweislich der Änderungsliste noch um 2 Mio. € erhöht würden. Das alles führe dazu, dass die Schulden auch in diesem Jahr wieder ansteigen, allerdings in geringerem Maß als in den Vorjahren. Auf jeden Fall solle die Stadt weiter bemüht sein, die Investitionen auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben und den Schuldenstand zu verringern.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushalt zustimmen, so stellv. FrkV Dr. G r e i s.

FrkV Dr. B ü g e r legte dar, dass der Haushalt in manchen Kernbereichen noch die Politik einer sparsamen Haushaltsführung widerspiegele, die der Kämmerer in den letzten Jahrzehnten verfolgt habe. Leider gebe es negative Tendenzen. Das Problem seien nicht die angeblichen Altlasten, sondern die neuen Lasten.

Dass es nicht zu einem ausgeglichenen Haushalt reiche, sei auch darauf zurückzuführen, dass sich in Wetzlar die Gewerbesteuererinnahmen in den letzten Jahren nicht so gut erholten hätten, wie an anderen Orten. So seien vielerorts Mehreinnahmen zu verzeichnen, aber auch der Kommunale Finanzausgleich stehe auf Rekordniveau.

Ein sparsames Haushalten sei mit dem aktuellen Haushalt gerade noch so gelungen. Die zusätzlichen Kosten für den Sozialpass würden sich im Rahmen halten. Die Mittel für das

Energiekonzept würden weitestgehend nicht verausgabt. Dass jetzt aber bereits weitere Beträge quasi als „Spielgeld“ für den neuen Dezernenten eingestellt werden sollen, sei absolut unverständlich. Ebenso wenig verstehe man, dass die Stadt noch immer daran festhalte, Stauseebetreibern in Österreich einen Aufschlag für Strom zu zahlen, von dem weder die Stadt Wetzlar noch die Umwelt etwas hätten.

Die zweite Folgerung aus dem Haushalt sei, dass die Einnahmeseite gestärkt werden müsse, um die Wirtschaftskraft Wetzlars zu stärken. Dazu benötige man Infrastruktur, gute Verkehrswege. Westanschluss und Westtangente seien deshalb wichtig. Der Rasselberg habe eine große Bedeutung und sei mehr als ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Und man benötige konkurrenzfähige Bildungseinrichtungen, weshalb er den rot-grünen Kahlschlag von der Erk-Schule bis zu dem bald notleidenden Kindergarten Johanneshof nicht nachvollziehen könne. Hier werde die Axt an die Zukunft der Stadt gelegt.

Außerdem müsse man dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibe. Die Schwerindustrie, allen voran Buderus, sei für Wetzlar essentiell. Ohne dass diese energieintensiven Betriebe von der EEG-Umlage ausgenommen seien, wären die letzten Investitionen längst an Wetzlar vorbei geflossen und der Standort langfristig gefährdet. Aber in den Eckpunkten des Energiekonzepts für Wetzlar komme die Frage der Wirtschaftlichkeit gar nicht vor. Hier lägen fundamentale Versäumnisse.

Stattdessen gehe der Magistrat den angeblich einfachen Weg der Steuererhöhungen. Die FDP wolle sich nicht grundsätzlich solchen Anpassungen von Steuern verweigern, aber man liege jetzt deutlich über den Werten der Umlandgemeinden und eine deutliche Belastung für den Bürger, nicht nur den Hauseigentümer, jeden kleinen Mieter, sei es dennoch.

Erst wenn alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft seien, könne man darüber nachdenken, Steuersätze anzuheben. Solange aber Wetzlar 13.000 € unnötig für Wasserkraftwerke nach Österreich überweise, solange für zweifelhafte Konzepte grünes Spielgeld von 50.000 € ausgegeben werde, solange sei man noch nicht dabei, die Steuern zu erhöhen. Wohin die Politik von SPD, Grünen und FW langfristig führe, zeige der Lahn-Dill-Kreis. Nicht absolute Schuldenstände, sondern das Eigenkapital sei maßgeblich. Dies sei beim Lahn-Dill-Kreis negativ und bei der Stadt Wetzlar deutlich positiv.

Die FDP-Fraktion sei sich ihrer Verantwortung für die Stadt und der vielen guten Ansätze des Oberbürgermeisters und Kämmerers bewusst, daher wolle man den Haushalt nicht ablehnen und werde sich heute der Stimme enthalten. Dies solle ein Zeichen sein, dass man auch wieder zustimmen könne, wenn die falschen Ansätze zurückgenommen werden, so FrkV Dr. B ü g e r abschließend.

OB D e t t e hob hervor, dass er diesen Haushalt als geeignete Grundlage für 2013 vertrete. Er gehe davon aus, dass auch die Steuerhebesatzveränderungen im Kontext der Gesamtentwicklung richtig entschieden seien. An Stv. Heyer gerichtet stellte OB D e t t e klar, dass Gewinne der enwag an den Eigenbetrieb Stadthallen abgeführt werden. Durch diesen Verlustausgleich werde der städtische Haushalt indirekt entlastet. Hinsichtlich des Rasselbergs wies er auf den vom Finanzausschuss einstimmig beschlossenen Antrag hin, der dieses Baugebiet ausdrücklich als Teil der Priorisierung enthalte. Nach einer möglichen Verabschiedung des Antrages durch die Stadtverordnetenversammlung könne der Magistrat über eine Aufhebung des bestehenden Sperrvermerkes intern entscheiden.

OB D e t t e ging auf die Ausführungen des Stv. Kleber zu einem möglichen Haushaltsausgleich seit 2010 ein. Die Rahmenbedingungen seien für Wetzlar aufgrund ihrer ge-

werblichen Wirtschaftsstruktur in den Jahren 2009 (- 20 Mio. €) und 2010 (-10 Mio. €) sehr schwierig gewesen. Man sei vom Fehlbedarf deutlich herunter gekommen und müsse durch Sparsamkeit Schritt für Schritt wieder zu einem Haushaltsausgleich kommen.

Hinsichtlich der „längst überfälligen“ Erhöhung des Steuerhebesatzes für die Realsteuern führte OB D e t t e aus, dass der Kompromiss mit 350 Punkten in der schwierigen Situation sachangemessen sei und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt sich dadurch nicht grundlegend verschlechtere. Die Pro-Kopf-Verschuldung von Stadt und Lahn-Dill-Kreis lasse sich im Übrigen nicht vergleichen. In einem Vergleich mit anderen Sonderstatusstädten liege Wetzlar weiterhin im Mittelfeld.

OB D e t t e nahm Bezug auf die von der stellv. FrkV Dr. Greis thematisierten Sanierungsaufwendungen und Abschreibungen. Es sei richtig, dass fremdfinanzierte Investitionen langfristig gesehen durch Zins- und Tilgungsleistungen sowie Abschreibungen den Haushaltsspielraum verringern. Die Hürde für einen Haushaltsausgleich sei aber höher geworden, da die Stadt im Zuge der Doppik die Abschreibungen voll verdienen müsse. Bei den Investitionen könne man nicht nach der Devise „so wenig wie möglich“ verfahren, sondern müsse einen angemessenen Ausgleich zwischen der Substanzerhaltung und einer attraktiven Stadtentwicklung herstellen. Man werde in den nächsten Jahren darauf achten, dass diese Balance stimme.

Abschließend warb OB D e t t e um Zustimmung für den Haushalt 2013.

zu 4.1 Änderungsliste des Ältestenrates

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 57.0.0

zu 4.2 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2013 - Beratung -

StvV V o l c k wies auf die vorliegenden Übersichten „Teilergebnishaushalt“ und „Teilfinanzhaushalt“ hin.

Antrag Nr. 101 - Offene Seniorenarbeit (Bürgerbus Naunheim)

Stv. H u n d e r t m a r k bezeichnete die Einkaufslinie Naunheim als „persönliche Shopping-Linie“, durch die eine Bevorzugung einiger Weniger erfolge. Alternativen seien die Komplettförderung oder teilweise Mitfinanzierung durch den Supermarkt oder eine persönliche Bestellung von zu Hause und Lieferung der Waren. Man wolle älteren Mitbürgern nicht Verantwortung und Selbstständigkeit entziehen und „in Richtung Staat“ erziehen. Er gehe davon aus, dass die Einkaufslinie Tür und Tor für Begehren anderer Stadtteile öffne.

FrkV Dr. B ü g e r legte einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor, der einen Erfahrungsbericht zur Einkaufslinie Naunheim bis zum 30.06.2013 vorsehe. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stve. V o l k führte aus, dass der Bürgerbus Naunheim keine reine Einkaufslinie sei, sondern unterschiedlichen Zwecken diene. Er solle die Eigenständigkeit älterer Menschen stärken und die Pflege sozialer Kontakte erleichtern. Eine statistische Erhebung über die Akzeptanz halte sie für sinnvoll.

Abstimmung über den Antrag Nr. 101 (Streichung von 8.500 €): 16.41.0

Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion: 46.5.6

Antrag Nr. 102 - Sozialpass

Stv. B r e i d s p r e c h e r prognostizierte einen geringen Zuspruch für den „Sozialpass“ und empfahl dringend, die Erfahrungen von Berlin zu nutzen. Das Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ habe sich im Übrigen in zwei Jahrzehnten bewährt. Er gehe von einem immensen bürokratischen Aufwand bei den ÖPNV-Leistungen aus und beurteile das Projekt angesichts der defizitären Finanzlage in den nächsten Jahren kritisch. Diese Diskussion werde man mit Sicherheit auch 2014 führen.

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z wies darauf hin, dass es eine Vielzahl von Lebensumständen gebe, die zu sozialen Nöten führen können. Die Teilhabemöglichkeiten mit der WetzlarCard bedeuten für die Nutzer eine Wertschätzung als Mensch und Anerkennung als Bestandteil der Gesellschaft.

Stve. I h n e - K ö n e k e bestätigte mit Blick auf die vorliegenden Zahlen den Bedarf der WetzlarCard. Diese beinhalte aus unterschiedlichen Gründen ein gelungenes Konzept, das Interessen wecke und fördere.

Abstimmung: 16.41.0

Antrag Nr. 103 - Gemeindestraßen (Strom für Straßenbeleuchtung)

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass die Österreicher sich die Hände reiben würden, wenn sie günstigen Atomstrom aus Temelin/Tschechien beziehen und den teuren Öko-Strom an „die blöden Wetzlarer“ verkaufen. „Nur für die Symbolik“ jährlich 10.000 € zu verschleudern, sei in seinen Augen ein Skandal, die unsinnigste Steuerverschwendung in diesem Haushalt. Er werte das als einen Fall für das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes. Die Frage des Stv. P o h l, ob der Tarif „aqua power“ während

dessen Zeit im Aufsichtsrat der enwag eingeführt worden sei, beantwortete Stv. B r e i d s p r e c h e r zustimmend.

Stv. D r o ß sah eine „interessante Begründung“ des Antrages und beurteilte diese als „quere Logik“. Ökologisch und haushaltswirtschaftlich verantwortungslos sei für ihn, wenn über Jahre hinweg am Forum Tag und Nacht die Spantenbeleuchtung brenne. Dies betreffe auch die Millionenausgabe für eine nicht benötigte Stadiontribüne sowie die Verdoppelung des Schuldenstandes in der Zeit der alten Koalition von 60 auf 120 Mio. €. Die jetzige Koalition müsse energiepolitische Versäumnisse korrigieren und werde daher den Antrag ablehnen.

FrkV Dr. B ü g e r erklärte, dass der Antrag nicht in erster Linie die Frage des Transportes behandle. Wenn man erneuerbare Energien fördern wolle, dann sollte dies mit Projekten auf lokaler Ebene geschehen. Hierbei müsse auch überlegt werden, was wirtschaftlich sinnvoll sei. Man solle das Geld nicht einfach nach Österreich überweisen, damit „die noch ein besseres Geschäft daraus machen“. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Stv. W e i g e l legte dar, dass die Antwort des Stv. Breidsprecher zum Tarif „aqua power“ für ihn nicht nachvollziehbar sei. An FrkV Dr. Büger gerichtet führte er aus, dass ein Wetzlarer Bürger lokal keinen „sauberen“ Strom von der enwag beziehen könne.

FrkV A l t e n h e i m e r kritisierte Teile der Ausführungen des Stv. Droß als „Entgleisung“, derartige Vergleiche sollten vermieden werden. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass ein verzerrtes Bild von den bestehenden Möglichkeiten dargestellt werde, diese seien auf kommunaler Ebene sehr beschränkt. An erster Stelle stehe für ihn das Gebot der Wirtschaftlichkeit, erst danach folge die „Symbolik“. Die Ausgabe halte er für überflüssig.

Abstimmung: 21.36.0

Antrag Nr. 104 - Gemeindestraßen (Instandsetzung Straßen und Gehwege)

Stv. K l e b e r wies auf den unbefriedigenden Zustand der städtischen Straßen und Gehwege hin. Die in den letzten Jahren eingesetzten Haushaltsmittel hätten nicht ausgereicht, die vielen Schäden zu beheben. Man wolle auch die Barrierefreiheit verbessern und müsse „kräftig nachlegen“. Die Position sei eine Anschubfinanzierung für die nächsten Jahre.

An Stv. Kleber gerichtet fragte Stv. B r e i d s p r e c h e r, warum die SPD nicht wie in den Vorjahren 1 Mio. € statt 100.000 € eingesetzt habe und sah rückblickend „Reflexe ihrer Oppositionsarbeit“. Die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte auf der Grundlage der Beschlussfassung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 29.01.2013 wie folgt über den Antrag Nr. 104 ab:

a) Ergebnishaushalt: 50.000 € Instandsetzung der Straßen und Gehwege
Abstimmung: 36.21.0

b) Finanzhaushalt: 50.000 € Absenkung der Bordsteine
Abstimmung: 36.16.5

Der bisherige Antrag 104 a (Ortsbeirat Steindorf) sei dadurch erledigt, so StvV V o l c k.

Übersicht Teilfinanzhaushalt a) einstimmig zugestimmt:

Anträge Nr. 203, 204 und 208 a

Abstimmung: 57.0.0

Antrag Nr. 201 - Immobilienmarketing (Blankenfeld II)

FrkV A l t e n h e i m e r konstatierte, dass die CDU nicht grundsätzlich gegen das Baugebiet Blankenfeld II sei. Mit den Planungsmitteln sei man einverstanden, jedoch nicht mit der Einstellung der VE in Höhe von 1 Mio. €, da damit suggeriert werden solle, als stünde eine Realisierung kurz bevor. Für die CDU sei im Übrigen der Rasselberg vorrangig.

FrkV L e f è v r e machte deutlich, dass ein Baugebiet für Wetzlar aufgrund der starken Nachfrage nicht ausreichend sei. Die Erschließung des Blankenfelds sei für die Zukunftssicherung der Stadt unerlässlich. Vorteile seien die unmittelbare Nachbarschaft an die Gewerbegebiete Leitz-Park und Spilburg sowie der Anschluss an die A 45. FrkV K r a t k e y ergänzte, dass man im Zusammenhang mit dem noch aufzustellenden Konzept für die Baugebieterschließung handlungsfähig bleiben wolle. Die VE müsse sich daher im Haushalt wiederfinden, alles andere wäre Augenwischerei.

Abstimmung: 16.41.0

Antrag Nr. 202 - Einrichtungen der Jugendarbeit (Sanierung Haus der Jugend)

Stv. N o a c k führte aus, dass die CDU den Standort und die Ausstattung des Hauses der Jugend aus heutiger Sicht für eine zeitgemäße Jugendarbeit nicht für geeignet halte. Weiterhin befürchte man, dass das Fachwerkgebäude grundhaft saniert werden müsse und dadurch eine längere Schließung des Hauses notwendig werde. Es solle ein Alternativstandort gesucht werden.

Stv. S c h e r m u l y bezeichnete den Zustand des Gebäudes als marode, eine pädagogische Begleitung von Jugendlichen sei dort nur schwer möglich. Aus Sicht der FDP solle vorab geprüft werden, ob es ein geeignetes städtisches Gebäude in zentraler Lage gebe. Dieser Weg sei günstiger, als eine teure Sanierung des Hauses der Jugend vorzunehmen. Die Planungskosten in Höhe von 10.000 € sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden, der von der Stadtverordnetenversammlung aufzuheben sei. Der Finanzausschuss habe sich bereits in seiner letzten Sitzung mehrheitlich dafür ausgesprochen.

Stv. I h n e - K ö n e k e betonte, dass erst einmal der Sanierungsbedarf festgestellt werden müsse, es solle keine konzeptlose Renovierungsmaßnahme durchgeführt werden. Das Haus der Jugend liege außerdem zentral in der Altstadt und sei für eine zeitgemäße Jugendarbeit optimal. Stv. W e i g e l schloss sich den Ausführungen an.

Stv. B e c k erinnerte an das Objekt „Palais Papius“ und prognostizierte, dass die Planungskosten „Haus der Jugend“ nicht ausreichen würden. Darüber hinaus stehe das Gebäude während der Dauer der Maßnahmen nicht für die Jugendarbeit zur Verfügung. Er schlug vor, auf die Mittel zu verzichten, die Immobilie zu verkaufen und ein neues Gebäude zu suchen.

Stv. L i t z i n g e r vertrat die Auffassung, dass die Jugendarbeit im Haus der Jugend weiter stattfinden werde. Der Standort sei gut und die Stadt habe die Verpflichtung, ihr Eigentum instand zu halten. Ein Vergleich mit dem Palais Papius sei nicht angebracht.

Abstimmung über den Wegfall der Planungskosten (ursprüngl. Antrag): 16.41.0

Abstimmung über die Anbringung eines Sperrvermerks: 5.48.4

Antrag Nr. 205 - Denkmalschutz und Denkmalpflege

Stv. Christoph S c h ä f e r beurteilte, dass es sich bei der Reduzierung des Teil-Haushaltsansatzes in Höhe von 100.000 € und Erhöhung der VE in gleicher Höhe um eine „reine Beschönigung des Haushaltes“ handle. Er habe den Eindruck, die rot-grüne Koalition verabschiede sich auf diesem Weg langsam von der Baumaßnahme „Kalsmunt“. Die CDU sei sich der geschichtlichen Bedeutung des Bauwerks bewusst und fühle sich zur unbedingten Erhaltung verpflichtet.

Stv. P o h l erinnerte an einen SPD-Antrag zu Zeiten der alten Koalition, der die Sanierung des Kalsmunts beinhaltete. In nächster Zeit folge eine Vorlage mit Angaben zu Sanierungsmöglichkeiten und Kosten. Unabhängig von einer Entscheidung stehe bereits fest, dass eine Umsetzung in diesem Jahr nicht möglich sei. Man benötige daher nicht mehr als 300.000 € und könne 100.000 € in die VE verlagern. Stv. W o l f verwendete sich für eine Umsetzung der nach seiner Auffassung überfälligen Maßnahme.

Abstimmung: 36.21.0

Antrag Nr. 206 neu - Gemeindestraßen (Erweiterung Gehweg Bushaltestelle Freiherr-vom-Stein-Schule)

Stv. H u n d e r t m a r k begründete den CDU-Antrag mit der stark frequentierten, oberen Bushaltestelle der Freiherr-vom-Stein-Schule an der Stoppelberger Hohl. Es sei dringend erforderlich, 50.000 € in die Sicherheit der Kinder zu investieren.

Stv. P o h l wandte ein, dass sich in der Sache seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nichts geändert habe. Dies betreffe unter anderem die Schülerzahlen und die Bürgersteigbreite, es gebe aber auch keine neuen Hinweise aus der Verwaltung, der Polizei und der Schulverwaltung. Die SPD werde den Antrag ablehnen.

Abstimmung: 17.39.1

Antrag Nr. 207 - Gemeindestraßen (Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED)

Stv. N o a c k erläuterte, dass mit den beantragten Mitteln gut ein Drittel der insgesamt 6.500 Straßenlampen in Wetzlar auf energiesparende LED-Beleuchtung umgerüstet werden könne, dadurch reduziere sich der Energieverbrauch um mindestens 60 %. Darüber hinaus erhöhe sich der Wartungsintervall bei den LED-Leuchten auf über 10 Jahre, was eine Einsparung im hohen 5-stelligen Bereich bedeute. Die Maßnahme werde mit 20 % vom Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz gefördert, Mittel könnten jedoch nur noch bis zum 31.03.2013 beantragt werden. Bei Ausnutzung der Fördermittel und eines günstigen KfW-Kredites rechne sich die Umrüstung auf LED-Beleuchtung in der Regel nach 5 - 6 Jahren.

Stv. P o h l stellte die im Haushaltsantrag ausgewiesene Gesamtinvestition von 1 Mio. € für die nahezu gesamte Straßenbeleuchtung in Frage. Die Verwaltung habe mitgeteilt, dass bei über 5.000 Leuchtpunkten die voraussichtlichen Umrüstkosten mindestens 1,6 Mio. € betragen würden. Mit Blick auf den letzten Antragstermin am 31.03.2013 hob er hervor, die Stadt müsse als Voraussetzung nachweisen, dass das CO₂-Minderungspotential mindestens 60 % betrage; dies sei in wenigen Wochen unmöglich. Die Verwaltung habe informiert, dass im Laufe des Jahres ein Bericht über den aktuellen Sachstand erfolge. Die SPD werde den Antrag ablehnen.

Stv. W e i g e l berichtete, dass er sich auf mehreren Herstellerseiten informiert habe, wie lange es dauere, bis sich LED-Lampen amortisieren. Den Angaben habe er entnehmen können, dass der Abstand 13 und nicht 5 Jahre betrage. Zur LED-Technik führte er aus, dass das Licht ein anderes sei als das von Glüh- oder Leuchtstofflampen. Es sei nicht möglich, die Lampen eins zu eins zu tauschen und die gleiche Lichtausbeute zu erwarten.

FrkV A l t e n h e i m e r vertrat die Auffassung, dass die Grünen bei diesem Thema „auf dem falschen Fuß“ erwischt worden seien und bezog sich auf Maßnahmen von Nachbargemeinden zur Energieeinsparung. Stv. W e i g e l wies auf die im Bauausschuss vorgelegten Zahlen der Verwaltung hin, die auch der CDU bekannt seien. An den Stv. Noack gerichtet mahnte Stv. S a r g e s, dass man mit der Umrüstung „Geld ausgeben würde, was wir nicht haben“.

StR S e m l e r teilte mit, dass im Bauausschuss alle Sachargumente ausgetauscht worden seien und wies hinsichtlich des Umrüstungsaufwandes darauf hin, dass Leuchtpunkte an vielen Stellen in der Stadt dichter gestellt werden müssten. Nach Auskunft des Tiefbauamtes betrage das gesamte Investitionsvolumen 4,6 Mio. €.

Abstimmung: 16.40.1

Antrag Nr. 209 - ÖPNV (Förderung Bau einer Erdgastankstelle Fa. Gimmler)

(Redaktioneller Hinweis: Der Antrag wurde nicht im Geschäftsgang belassen, sondern auf Wunsch der CDU-Fraktion in der Übersicht unter „Teilfinanzhaushalt b) uneinheitlich“ aufgenommen)

Stv. N o a c k informierte, dass zur Zeit in der Bundesrepublik ca. 1.500 erdgasbetriebene Busse laufen, die meisten davon in Bayern und Thüringen. Der Einsatz von Erdgasbussen sei unter Betrachtung des höheren Anschaffungspreises durchschnittlich um 17 % günstiger als bei Dieselnissen. Der beantragte Förderungsbetrag von 50.000 € für den Bau einer Erdgastankstelle stelle eine Anschubfinanzierung dar. Ggf. könnte die Erdgastankstelle auch öffentlich genutzt werden. Hier gelte der Grundsatz „Erdgasauto folgt Tankstelle“.

Stv. D r o ß bemerkte, dass bei der Fa. Gimmler die Weichenstellung versäumt worden und aktuell die Flottenumstellung so gut wie abgeschlossen sei; ein Markt sei nicht vorhanden.

OB D e t t e wies darauf hin, dass der Förderbetrag von 50.000 € nicht ausreichend sei, um eine Erdgastankstelle zu installieren. Die Kosten für den Bau einer neuen Tankstelle würden voraussichtlich 250.000 € betragen. Darüber hinaus seien in den letzten Jahren 30 Linienfahrzeuge mit einem Investitionsvolumen von 6 Mio. € beschafft worden. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sei eine Umrüstung zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertretbar.

Abstimmung: 16.41.0

Antrag Nr. 210 - Maßnahmen Energie- und Klimaschutzkonzept

Stv. B r e i d s p r e c h e r bezeichnete den Haushaltsansatz von 10.000 € im Zusammenhang mit dem Energie- und Klimaschutzkonzept als "nebulös", da er in keiner Weise konkret benannt sei. Er könne nicht erkennen, dass der Betrag im Haushaltsjahr kassenwirksam werde. Die CDU-Fraktion halte sowohl den Haushaltsansatz als auch die VE in Höhe von 50.000 € für überflüssig.

Stv. Dr. I h m e l s vertrat die Auffassung, dass eine VE auch dann eingestellt werden könne, wenn das Energie- und Klimaschutzkonzept noch nicht in präzisierter Form vorliege. Er hoffe, dass der neue Stadtrat in kürzester Zeit in der Lage sein werde, die Voraussetzungen für eine Vollaussweisung im Haushalt herbeizuführen, um nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt wurde.

FrkV Dr. B ü g e r wies auf einen vorhandenen Haushaltsausgaberest in Höhe von 40.000 € hin und teilte mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Stellv. FrkV Dr. G r e i s bestätigte die vorgenannten Beträge und informierte, dass das Energie- und Klimaschutzkonzept kurz vor dem Abschluss stehe, konkrete Maßnahmen würden zur Zeit erarbeitet. Die VE benötige man im Übrigen für eine zukunftssichere Planung.

Abstimmung: 36.21.0

zu 4.3 Investitionsprogramm und Finanzplanung 2013 - 2016

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 52.0.5

OB D e t t e teilte die Zahlen der Haushaltssatzung mit. Die beschlossene Fassung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmung über die Haushaltssatzung in der von OB Dette verkündeten Form:
36.16.5

zu 5 Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1267/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Das als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2013 wird gemäß § 92 Abs. IV HGO beschlossen.

zu 6 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2013
Vorlage: 1266/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes "Stadthallen Wetzlar" wird zugestimmt.

zu 7 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2012
Vorlage: 1265/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 des Eigenbetriebes "Stadthallen Wetzlar" wird die Firma Schüller mann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dreieich, beauftragt.

zu 8 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung
der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Wetzlar

Vorlage: 1251/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Die 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze der Stadt Wetzlar wird beschlossen.

zu 9 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012) Vorlage: 1061/12

(gemeinsame Beratung mit TOP 10; Protokollierung s. dort)

zu 10 Erschließung des Baugebietes Rasselberg Vorlage: 1247/12

(gemeinsame Beratung mit TOP 9)

Stv. G e r h a r d t legte dar, dass für das Baugebiet Rasselberg die optimale Eigentumsquote der Stadt, der fortgeschrittene Planungsstand, die hohe Nachfrage und Rechtssicherheit sowie der zu erwartende Ertrag sprächen. Er bezog sich auf die im Finanzausschuss vom 29.01.2013 beschlossene Änderung des Ergänzungsantrags unter Ziffer c): „Dabei ist das Baugebiet Rasselberg ausdrücklich in die Priorisierung einzubeziehen“. Für die CDU habe der Rasselberg erste Priorität, daher bleibe bei dieser Formulierung und der Reihenfolge der aufgeführten Baugebiete ein „Restmisstrauen“.

Stv. G e r h a r d t thematisierte den CDU-Antrag vom 06.12.2012 (TOP 10): „Der Magistrat wird beauftragt, die Erschließung des Baugebietes Rasselberg unverzüglich vorzunehmen“. Er machte deutlich, dass seine Fraktion diesen Antrag heute nicht abgestimmt haben wolle, aber auch nicht für erledigt erkläre oder zurückziehe.

OB D e t t e wies darauf hin, dass der Rasselberg Teil der Priorisierung sei, weil hier planungsrechtlich keine Maßnahmen mehr zu ergreifen seien. Der Finanzausschuss habe der Änderung zu Ziffer c) des Ergänzungsantrags und dem Belassen des CDU-Antrags im Geschäftsgang bereits am 29.01.2013 zugestimmt. Darüber hinaus gebe es Erschließungsmittel im Haushalt, die zur Zeit mit einem magistratsinternen Sperrvermerk versehen seien.

Der Rasselberg sei für ihn ein „Symbol falscher Siedlungspolitik“, beurteilte Stv. S a r g e s und führte aus, dass das Tempo für den Landfraß zunehme und nachteilige Folgen für die Umwelt entstünden. Der Wunsch nach Bauplätzen für Einfamilienhäuser sei verständlich, man solle aber auch über neue Wohnformen nachdenken.

FrkV K r a t k e y konstatierte, dass der Rasselberg alleine mit seinen 60 - 70 Bauplätzen bei über 200 Bewerbern nicht alle Probleme lösen werde. Man wolle weiterhin eine Beschleunigung des Gebietes Blankenfeld II und sehe in der Nutzung von Flächen in den alten Ortskernen eine Alternative; hierzu gehöre auch eine Direktansprache an die Baulückenbesitzer. Der Magistrat solle auf der Basis des Ergänzungsantrags und der geänderten Ziffer c) eine Priorisierung vorschlagen.

FrkV Dr. B ü g e r stimmte zu, dass der Rasselberg zwar alleine noch nicht helfe, aber ein ganz wichtiger erster Schritt sei. Ohne dieses Baugebiet gebe es überhaupt keine Lösung.

FrkV L e f è v r e hob die gute, detaillierte Mitteilungsvorlage hervor. Die Priorisierung halte sie für notwendig, da die große Nachfrage nach Baugrundstücken zeige, dass ein einziges Wohngebiet nicht für Wetzlar ausreiche.

Die Mitteilungsvorlage DS 1061/12 - I/242 wurde zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste über den Ergänzungsantrag in der geänderten Form einen einstimmigen (57.0.0) Beschluss. Der Text lautet:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

- a) die bauleitplanerischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Baugebiet „Blankenfeld II“ schnellstmöglich – ggf. abschnittsweise – verwirklicht werden kann. Dabei ist zu prüfen, ob mit der Einbindung Externer (z. B. Hessische Landgesellschaft) eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden kann,
- b) schnellstmöglich einen Erwerb von Flächen im Stadtteil Hermannstein nordöstlich des Festplatzes von der Buderus/Bosch-Immobilien-Gesellschaft in die Wege zu leiten und unverzüglich die bauleitplanerischen Voraussetzungen für eine Entwicklung als Wohnbaugebiet zu schaffen,
- c) im Übrigen der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag zur Priorisierung der für eine weitere Entwicklung bereits identifizierten Flächen unter Beachtung ökologischer und städtebaulich vertretbarer Belange zu unterbreiten, damit die weitere Entwicklung im Konsens vorgenommen werden kann. Dabei ist das Baugebiet Rasselberg ausdrücklich in die Priorisierung einzubeziehen,
- d) durch gezielte und ggf. mit externer Unterstützung vorzunehmende Ansprache strukturelle Verbesserungen in der Baulückenerschließung sowie der Nachverdichtung aber auch im Rahmen von Arrondierungen von Baugebieten vorzunehmen,
- e) zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen ein Programm „Jung kauft alt“ aufgelegt werden kann, mit dem vorzugsweise junge Familien bei dem Kauf

von älteren Häusern in Ortskernen unterstützt werden können. Darüber ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 01.03.2013 zu berichten,

f) in Form einer chronologischen Aufstellung zu berichten, welche Maßnahmen hinsichtlich der potentiellen Siedlungsflächen seit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes bzw. Raumordnungsplanes seitens der Stadt ergriffen wurden.“

zu 11 Einführung von Pflegeklassen und Pflegestandards in den öffentlichen Grünanlagen
Vorlage: 1184/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage wie folgt zur Kenntnis:

1. Die Klassifizierung der Pflegeklassen und Pflegestandards gemäß der Darstellung im Plan (Stand 31.12.2011) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Markterkundung und Kostenermittlung im Zusammenhang mit der notwendigen Arbeitszeiterfassung unter Einbeziehung des Personalrates wird bis zum 30.06.2013 durchgeführt, damit erforderliche Haushaltsmittel zum Nachtragshaushalt 2013 angemeldet werden können.

zu 12 Städtische Museen Wetzlar - Jahresrückblick 2012
Vorlage: 1249/12

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm von dem vorgelegten Jahresrückblick 2012 Kenntnis.

zu 14 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

StvV V o l c k schloss die 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher:

Der Schriftführer:

V o l c k

G e r n e r